Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 5, gültig vom 15. 2. 35).
Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burlo er Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Tenkingstraße 14 (K. Quirmbach), Gneisenaustraße 85 (H. Querbach), Potsdamstraße 2 (W. Hoves). — Geschäftsstelle Rhede: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 79.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 97 | Montag, den 8. April 1935 | Jahrgang 1935

Frankreichs Forderungen gegen Deutschland in der Denkschrift an den Völkerbund.

Vorbereitung auf die Konferenz von Stresa.

DNB. **Paris**, 7. April.

Der am gestrigen Sonnabend vorherrschende Eindruck, daß die französische Regierung im Hinblick auf Stresa und Genf immer noch nach Formeln suche, die die Zustimmung der übrigen Verhandlungsteilnehmer finden könnten, daß aber vorläufig die Aussicht hierfür mit größter Zurückhaltung beurteilt werden müsse, wird nicht nur durch die Lektüre der Sonntagspresse, sondern auch durch die in gut unterrichteten Kreisen vertretene Auffassung bekräftigt. Gewiß bleibt das französische Ziel in Stresa, durch die Verklammerung der französisch-englischen Verlautbarung vom 3. Februar eine englisch-französisch-italienische Abwehrfront gegen Deutschland herzustellen, und mit Hilfe dieser Front in Genf die Sicherheitspaktpläne unter Hinzuziehung Sowjetrußlands zu verwirklichen.

Der gestrige Ministerrat ist nicht in der Lage gewesen, das französische Programm fester zu umreißen, sodaß die Regierung erst am Dienstag, nachdem vor allem der Standpunkt Englands feste Gestalt angenommen hat, endgültige Beschlüsse fassen wird. Die Beurteilung der außenpolitischen Begebenheiten scheint sogar, wenn man dem „Oeuvre" glauben darf, zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts geführt zu haben. Das wäre dann kein Wunder, wenn man bedenkt, daß sogar die halbamtliche französische Presse Italien als völlig im Fahrwasser der französischen Wünsche segelnd hingestellt hatte und jetzt besonders auf Grund der aus Rom vorliegenden Meldungen feststellen muß,

daß von amtlicher italienischer Seite die Italien zugeschriebenen Absichten kategorisch in Abrede gestellt worden sind und sogar, daß Italien, wie der römische Berichterstatter des „Matin" mitteilt, anscheinend nichts unternehmen möchte, was die Vermittlungs- und Ausgleichsversuche Englands zunichte machen müßten.

Der Sitzung des englischen Kabinetts vom Montag sieht man unter diesen Umständen mit größtem Interesse entgegen, ganz offensichtlich aber auch mit einigem Unbehagen. Der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris" will den Eindruck gewonnen haben, daß die Informationsreise Edens und Simons die englische Regierung in ihrem Wunsch, Deutschland gegenüber passiv zu bleiben, nur bestärkt habe. Die englischen Minister seien der Ansicht, daß der Ostpakt als erledigt betrachtet werden müsse und daß die französisch-englische Front vom 3. Februar nicht mehr bestehe und alles in Werk gesetzt werden müsse, um den Abschluß einer unmittelbaren Militärallianz gegen Deutschland zu verhindern.

Man müsse sogar befürchten, daß England über seinen Wunsch hinaus, Deutschland zu beschwichtigen, in Stresa unter Anrufung des Artikels 19 des Völkerbundspaktes eine Revision der gebietsmäßigen Bestimmungen des Versailler Vertrages vorschlagen werde.

Auch die einstündige Unterredung des französischen Außenministers Laval mit dem Sowjetbotschafter in Paris, Potemkin, am Sonnabend abend scheint die französische Sache nicht sonderlich vorangebracht zu haben. Die Sowjets seien, so stellen „Journal" und andere Blätter fest, von dem Plan, den Ostpakt in ein kollektives europäisches Sicherheitssystem umzuwandeln, keineswegs begeistert, und „Oeuvre" spricht von einer starken Zurückhaltung der Sowjetregierung unter besonderer Betonung, daß

die von Frankreich vor etwa zehn Tagen vorgeschlagenen gegenseitigen Beistandspakte, die ihre Ergänzung durch Aenderungen der Artikel 10 und 16 des Völkerbundspaktes finden sollen, noch keinerlei Antwort erhalten hätten.

Es ist somit alles in Fluß, und erst das Ergebnis der Konferenz von Stresa und der Verhandlungen von Genf, wo man sich durch die unmittelbare Fühlungnahme zwischen Laval und Litwinow viel verspricht, wird darüber Aufschluß geben, ob Laval in Moskau sich zu dem Abschluß eines französisch-russischen Abkommens entschließen wird. Zur besseren Vorbereitung der in Moskau zu treffenden Entscheidungen wird die Abreise Lavals nach Rußland wahrscheinlich um einige Tage verschoben werden. Man versichert in gut unterrichteten Kreisen, daß der Außenminister Paris am 23. April verlassen und am 25. April in Moskau eintreffen würde. Die französisch-russischen Verhandlungen dürften drei Tage in Anspruch nehmen, sodaß Laval, wenn er auf der Rückreise in Warschau vorsprechen wird, Anfang Mai in Paris zurück sein werde.

Ganz allgemein behauptet man in gut unterrichteten politischen Kreisen, daß die französische Regierung die Richtlinien der französischen Außenpolitik, wie sie kürzlich Rom und London mitgeteilt worden seien, noch nicht geändert habe.

Der Ministerrat vom Dienstag werde den Wortlaut der Denkschrift, in der Frankreich den Antrag vor dem Völkerbundsrat unterstützen werde und den Wortlaut des ihn begleitenden Entschließungsentwurfes festlegen.

Die Denkschrift umfasse etwa zehn Schreibmaschinenseiten und begründe im einzelnen die am 20. März an Deutschland gegen die „einseitigen militärischen Maßnahmen" gerichtete Protestnote. Sie betone, daß die deutschen Beschlüsse den vertraglichen Verpflichtungen des Reiches und der Völkerbundserklärung vom 11. Dezember 1932 zuwiderliefen. Das Schriftstück lege besonderen Nachdruck auf die Umstände, unter denen Deutschland kurz nach der englisch-französischen Erklärung vom 3. Februar und kurz vor der Reise Simons nach Berlin seine Maßnahmen getroffen habe. Dadurch sei ein Unbehagen über die Welt gekommen, für das Deutschland die volle Verantwortung trage.

Unter Bezugnahme auf Artikel 11 des Völkerbundspaktes fordere die französische Denkschrift energisch vom Völkerbundsrat die „moralische Verurteilung" der von Deutschland unter Mißachtung der Verträge getroffenen einseitigen Maßnahmen. Der Entschließungsentwurf, der etwa zwei Schreibmaschinenseiten umfasse, schlage dem Völkerbundsrat vor, diese „moralische Verurteilung" auszusprechen und ziehe überdies, wie gerüchtweise verlautet, noch positivere Maßnahmen in Betracht.

Doch könne, so wird namentlich in denselben französischen Kreisen betont, der Ministerrat vom Dienstag auf Grund weiterer Informationen erhebliche Aenderungen an der bisherigen Fassung der französischen Schriftstücke vornehmen, sodaß namentlich der Entschließungsentwurf zu einer gemeinsamen Entschließung der auf der Konferenz von Stresa vertretenen drei Mächte werden könnte.

Italiens afrikanisches Zukunftsprogramm

Interessante Aeußerungen General de Bonos.

DNB **Paris**, 7. April.

Ein Sonderberichterstatter des „Paris Soir" hatte in Massaua eine Unterredung mit dem Oberstkommandierenden der italienischen Streitkräfte, General de Bono. Der General wies die Behauptungen und Gerüchte von einem unmittelbar bevorstehenden bewaffneten Konflikt mit Abessinien weit von sich: „Gewiß befinden sich einige Flugzeuge und auch viele Offiziere an Ort und Stelle. Letztere sollen ein starkes, unseres Landes würdiges Eingeborenen-Heer aufziehen. Außerdem ist ein regelrechtes Straßen- und Wegenetz anzulegen."

Im weiteren Verlauf der Unterredung aber entwickelte de Bono ein weit ausgreifendes Zukunftsprogramm, das wohl erhebliches Aufsehen erregen dürfte. Er führte u. a. aus:

Die Beunruhigung Abessiniens ist uns gleichgültig. Sehr bald wird man Vereinbarungen treffen müssen, um unser nachbarschaftliches Verhältnis zu regeln.

Wir wollen gern eine gemeinsame Grenze mit einem genau abgegrenzten von einer verantwortlichen Regierung abhängigen Lande haben. Aber wir können keine Nachbarschaft mit barbarischen Gegenden hinnehmen, in denen praktisch unabhängige Häuptlinge Völker tyrannisieren, die Anspruch auf den Nutzen ihrer Arbeit hätten.

Nach dieser Richtung ist eine große schöne, humanitäre Mission gegeben, die ebenso edel wäre, wie seinerzeit der Kampf gegen die Sklaverei. Ich spreche gegenwärtig nicht von der Sklaverei in Abessinien. Sie zeigt längst nicht die ganze menschliche Grausamkeit. Seine Sklaven behandelt der Abessinier besser als die unglücklichen Völker, die er zu Dienstleistungen zwingt. An diese denke ich. Die Welt kennt noch nicht ihre Lage.

Mehr als 10 Millionen sind dazu verurteilt, das Leben unterernährter armer Teufel zu führen; denn die abessinische Verwaltung nimmt ihnen fast alles. Wenn Italien jemals berufen werden sollte, dieses Werk durchzuführen, wird es seine volle Pflicht tun, aber vorläufig ist von Krieg keine Rede.

Wir arbeiten, wir beschäftigen unsere Arbeitslosen. Denn Arbeit bedeutet Friede. Die Zukunft wird über unsere Rolle entscheiden, falls wir berufen sind, eine solche zu spielen.

Für uns handelt es sich nicht darum, die Sache Italiens zu vertreten, sondern die der Menschheit, und zwar so, wie sie unsere weiße Rasse auffaßt.

Denn das möge man sich merken: das jetzige Problem ist ein Rassenkonflikt, und insofern ist es sehr ernst. Denn ganz Europa wird davon betroffen."

Abessiniens Klage auf der Ratstagung am 15. April?

DNB **Genf**, 7. April.

Die abessinische Regierung hat an den Generalsekretär des Völkerbundes erneut ein Telegramm gerichtet.

In diesem Telegramm wird auf die im „Temps" erschienene Nachricht hingewiesen, daß 4000 ägyptische Arbeiter nach Eritrea entsandt werden sollen, um dort beim Bau von Straßen zwischen Massaua und der abessinischen Grenze beschäftigt zu werden. Die abessinische Regierung bezeichnet diese Maßnahme als weitere militärische Vorbereitung der italienischen Regierung, die geeignet sei, den Konflikt zwischen Abessinien und Italien weiter zu verschärfen. Sie richtet daher an den Generalsekretär die Bitte, die Lage in Abessinien schon in der außerordentlichen Ratstagung am 15. April prüfen lassen zu wollen.

Der Generalsekretär weist in seiner Antwort darauf hin, daß er das Ersuchen der abessinischen Regierung um sofortige Behandlung der Frage an die Ratsmitglieder weitergeleitet habe. Er macht weiter darauf aufmerksam, daß bei einer außerordentlichen Tagung des Rates die Tagesordnung ausschließlich die Fragen enthalte, die Anlaß zur Einberufung der Tagung gegeben haben, daß aber zu Beginn der Tagung der Rat beschließen könne, weitere dringende Fragen auf die Tagesordnung zu setzen. Der Generalsekretär werde nicht verfehlen, das Ersuchen der abessinischen Regierung in diesem Sinne dem Rat zu unterbreiten.

Dr. Goebbels' Jubelfahrt durch Danzig.



Scherl (M)

Am Vortage der großen Wahl befand sich die Bevölkerung von ganz Danzig auf den Beinen, um den letzten Redner des Wahlkampfes, Reichsminister Dr. Goebbels, feierlich einzuholen. Unser Bild zeigt Dr. Goebbels in seinem Wagen vor dem Danziger Bahnhof während der Jubelfahrt durch die Stadt. Hinter ihm lehnt sich Gauleiter Forster aus dem Wagen heraus.

Die wichtigsten Sportereignisse.

Um die Deutsche Fußball-Meisterschaft kämpften gestern zum ersten Male die 16 Gaumeister. Schalke 04 siegte gegen SC Stettin 9:1, VfR Köln gegen VfR Mannheim 3:2 und VfL Benrath spielte gegen Phönix Ludwigshafen unentschieden. — DSC Hagen steigt in die Bezirksklasse ab, da Union Recklinghausen das letzte Spiel gegen Spv Höntrop gewonnen hat.

Deutsche Hockey-Nationalmannschaften gewannen gegen Frankreich 7:1 und gegen Schweiz 2:0.

Das Eilenriede-Rennen, der Beginn der Motorsportsaison, brachte Klassenrekorde. Toni Bauhofer fuhr die beste Rundenzeit.

Beim 15. Westfälischen Hallensportfest der Turner wurde Jahn-Siegen Mannschafts-Sieger.

Im Boxen errang Besselmann einen Punktsieg über Hein Domgörgen.

Die Anfahrt der Ruderer wurde im ganzen Reich von 650 Vereinen durchgeführt. 150 000 Ruderer waren auf dem Wasser, in Westdeutschland bei schlechtem, in Berlin bei schönem Wetter.

Wieder einmal böswillige Gerüchtemacherei im Ausland.

DNB. **Berlin**, 7. April.

In ausländischen Zeitungen verschiedener europäischer Länder sind am Sonnabend Meldungen des Inhaltes erschienen, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin" SOS-Rufe ausgesandt habe und in den Ozean abgestürzt sei. Geradezu grotesk aber wirken diese Gerüchte, wenn man dann weiter liest, daß an Bord des nach Südamerika fahrenden Luftschiffes sich ausgerechnet vier Tage vor seiner Hochzeit der preußische Ministerpräsident General der Flieger Hermann Göring und seine zukünftige Gattin Frau Emmy Sonnemann befunden hätten und daß beide das Opfer des angeblichen Zeppelin-Unfalles geworden seien. Das Luftschiff „Graf Zeppelin", das am Sonnabend in Friedrichshafen gestartet ist, steht in ständiger funktelegraphischer Verbindung mit Hamburg und hat erst am Sonntag mittag seine letzte Positionsmeldung von Cap Palos von der spanischen Küste gegeben. General Göring befand sich zu der Zeit des angeblichen Zeppelinunfalls auf einer Besichtigungsreise in Ostpreußen.

Genauso unsinnig sind in London erschienene Meldungen über ein angebliches Attentat, das auf Reichsminister Dr. Goebbels in Danzig verübt worden sein soll. Reichsminister Dr. Goebbels (der am Samstag in Danzig weilte, dort eine begeisterte Aufnahme fand und auf einer letzten Wahlkundgebung zu den Danzigern sprach) ist nach seinem Danziger Besuch, der sich von Anfang bis Ende unter den Augen der ganzen Danziger Bevölkerung abspielte, noch am Sonnabend abend auf dem Flugplatz Danzig-Langfuhr zum Rückflug nach Berlin gestartet und kurz nach 11 Uhr abends wohlbehalten in Berlin wieder eingetroffen. Bei den Gerüchten von dem angeblichen Danziger Attentat handelt es sich offenbar um letzte Machenschaften der Danziger Opposition, die hoffte, mit derartigen Gerüchten Verwirrung stiften zu können.

★

An Bord des am Samstag abend zu seiner ersten diesjährigen Südamerikafahrt gestarteten Luftschiffs „Graf Zeppelin" befinden sich 16 Passagiere, wovon vier bis nach Pernambuco und 12 bis nach Rio de Janeiro reisen. Unter den Passagieren befinden sich der Großindustrielle Dr. Edmund Stinnes, Bankier Baron von Schröder-Hamburg und der Uhrenfabrikant Junghans aus Schramberg. Auf dieser Fahrt werden außerdem noch befördert 120 Kilo Post und 695 Kilo Fracht, darunter befindet sich eine Sendung von 50 indischen Affen für ein Institut nach Rio de Janeiro.

Sonntag abend um 19,30 Uhr passierte das Luftschiff mit 144 Klm. Stundengeschwindigkeit den marokkanischen Hafen Mehedia, 120 Klm. nordöstlich von Casablanca.

Eden vier bis sechs Wochen geschäftsunfähig.

£ **London**, 7. April.

Lordsiegelbewahrer Eden ist Sonntag nachmittag unter Hinzuziehung eines Spezialisten ärztlich untersucht worden. Ueber den Befund wurde eine Verlautbarung veröffentlicht. Danach leidet Eden an einer Ueberanstrengung des Herzens. Zum Teil wird sie auf den letzten, durch stürmisches Wetter sehr anstrengend gewordenen Teil seiner Luftreise zurückgeführt. Die Aerzte haben es als notwendig bezeichnet, daß Eden sich für vier bis sechs Wochen völlige Ruhe auferlegt.

Wahlaufmarsch in der Tschechoslowakei.

Die Sudetendeutsche Heimatfront zugelassen.

Von unserem Prager Mitarbeiter.

Prag, 6. April.

Nunmehr steht es endgültig fest, daß das Tschechoslowakische Parlament noch im April aufgelöst wird. Wahrscheinlich werden am 26. Mai die Neuwahlen sein. Der Aufmarsch zu den Wahlen bietet ein buntes Bild. Nicht weniger als etwa 20 Parteien werden sich in der nicht ganz 14 Millionen Einwohner umfassenden Republik um die Stimmen der Wähler bewerben und diese Parteien teilen sich auf sechs Nationen auf.

Obwohl namhafte Verschiebungen innerhalb der tschechischen Parteien nicht vorauszusetzen sind, hat der Wahlkampf in der gesamten tschechischen Presse, die sich hier ausschließlich in Parteiblättern vorstellt, bereits in der schärfsten Weise eingesetzt. Das erste Kennzeichen hierfür ist die sich bei solchen Auseinandersetzungen immer wieder zeigende Erscheinung, daß bei aller Gehässigkeit untereinander sämtliche tschechischen Parteien in geschlossener Front gegen die Deutschen Stellung nehmen. Ein tschechisches Blatt sucht das andere mit seinen Ausfällen auf das Deutschtum zu übertreffen.

Dieses vereinte Trommelfeuer trifft auf deutscher Seite auf einen, unter schwersten Wehen sich vollziehenden Umbruch. Nach der seinerzeit erfolgten Auflösung der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Einstellung der Tätigkeit der Deutschen Nationalpartei ist bekanntlich der frühere Führer und Organisator des sudetendeutschen Turnverbandes, Konrad Henlein, mit seinem Aufruf zur Sammlung in der „Sudetendeutschen Heimatfront" hervorgetreten und hat in der kurzen Zeit Massen um sich geschart, die ihn heute schon als den Führer der größten sudetendeutschen Bewegung erscheinen lassen. Seit Wochen schwebten im Schoße der Regierung Verhandlungen darüber, ob die „Sudetendeutsche Heimatfront" überhaupt zu den Wahlen zugelassen werden solle. Diese Frage ist jetzt zugunsten der Heimatfront gelöst worden. Alle Parteien sollen nach dem Willen der Regierung Gelegenheit haben, auf parlamentarischem Boden ihre Staatstreue zu beweisen. Das Parteiauflösungsgesetz freilich, ermöglicht der Regierung, auch gegen eine in den gesetzgebenden Körperschaften vertretene Partei vorzugehen, wenn sie staatsgefährlich werden sollte.

Innerhalb der sudetendeutschen Parteien selbst brachte natürlich das Anschwellen der „Heimatfront" mit ihrer ungeheuren Saugkraft nicht geringe Verwirrung hervor. Bei den Wahlen wird sich zeigen, wie weit der Zersetzungsprozeß unter den alten deutschen Parteien schon gediehen ist.

Während auf tschechischer Seite in erster Linie personale Fragen und wohl auch die Gegensätze zwischen der alten und jungen Generation bei diesen Wahlen zur Austragung kommen, vollzieht sich somit im sudetendeutschen Lager ein ganz neuer Aufmarsch junger politischer Kräfte, die heute noch nichts versprechen können, jedoch vom Vertrauen breitester Massen getragen sind.

Soziale Tat eines hamburgischen Großbetriebes.

Auch Arbeiter im Monatslohn.

DNB **Hamburg**, 7. April.

Auf einer Kundgebung zur Vertrauensratswahl in den hamburgischen Elektrizitätswerken teilte der Betriebsführer Staatsrat Ott mit, daß die Arbeiter der HEW ab 1. Mai d. J. ebenso wie die Angestellten ihren Lohn monatlich ausgezahlt bekommen würden, sodaß sie in Zukunft keinerlei Ausfälle infolge Krankheit oder sonstiger Umstände mehr zu befürchten hätten. Ebenso solle auch die Urlaubsregelung für Arbeiter und Angestellte nach einheitlichen Gesichtspunkten erfolgen. Diese wichtige sozialpolitische Neuordnung bedeutet einen weiteren großen Schritt vorwärts auf dem Wege zur wahren Betriebs- und Arbeitskameradschaft, die keinerlei Vorrechte einer bestimmten Kategorie von Arbeitnehmern mehr kennt.

Millionenspende des Maschinenbaues.

Berlin, 6. April.

Eine besondere Werbung unter den Mitgliedern der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau hat als Ergebnis insgesamt 1 440 000 RM für die Sammelstellen des Winterhilfswerkes ergeben.

60 000 Mann müssen zwei Monate länger dienen.

DNB **Paris**, 7. April.

Der Ministerrat hat am Sonnabend beschlossen, das Kontingent von etwa 60 000 Mann, das am 13. April zur Entlassung kommen müßte, solange unter den Fahnen zu behalten, bis die Ausbildung der im April einzustellenden Rekruten ausreichend fortgeschritten sein wird. Die Entlassung des zurückbehaltenen Kontingents, das zur Bewachung der Grenze und für die Verteidigungsorganisation Frankreichs verwendet werden wird, soll spätestens am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, erfolgen. Die Soldaten dieses Kontingents werden von einem Teil der Reserveübungen befreit.

Das französisch-belgische Handelsabkommen.

DNB **Paris**, 7. April.

Das in Belgien von dem belgischen Ministerpräsidenten und dem französischen Handelsminister ausgearbeitete Abkommen, das Sonnabend vormittag von beiden Regierungen gebilligt worden ist, enthält eine Reihe von Bestimmungen, die geeignet sind, die französische Wirtschaft vor den Folgen der Belga-Abwertung zu schützen. Die belgische Regierung soll sich verpflichtet haben, Frankreich gegenüber die vor der Abwertung vereinbarten Preise beizubehalten, sodaß die belgischen Waren nicht unter den normalen Preisen verkauft werden. Im übrigen sollen für die französischen Käufer die Preise in französischen Franken ausgefertigt werden. Die belgische Regierung soll Strafmaßnahmen vorgesehen haben für Verstöße gegen diese Verpflichtungen in Form einer Herabsetzung der den schuldigen Firmen zustehenden Kontingente.

In Danzig großer Wahlsieg der NSDAP.

Große Stimmenverluste aller anderen deutschen Parteien.

— **Danzig**, 8. April.

Das bei der gestrigen Volkstagswahl festgestellte Gesamtergebnis ist folgendes:

	7. 4. 35	28. 5. 33
NSDAP	139 200	109 029
SPD	37 530	37 882
Zentrum	30 059	31 336
Kommunisten	6 880	14 566
Liste Weise (früh. Deutschnat.)	9 760	13 596
Liste Pietsch	750	
Polen	8 100	6 743

*

Wahlkreis Danziger Niederung.

DNB **Danzig**, 7. April.

Um 21,40 Uhr liegen die Ergebnisse aus allen 61 Bezirken des Wahlkreises Danziger Niederung vor:

Wahlberechtigt 16 299, abgegebene Stimmen 15 947, davon gültig 15 826, ungültig 121, davon erhielten:

	7. 4. 35	28. 5. 33
NSDAP	12 918	11 277
Sozialdemokraten	1 561	2 899
Zentrum	384	787
Kommunisten	475	1 500
Liste Weise	421	752
Liste Pietsch	39	
Polen	28	69

Danach hat die NSDAP in diesem Landwahlkreis 81,62 v. H. der abgegebenen Stimmen erhalten.

Wahlkreis Danziger Werder.

DNB **Danzig**, 7. April.

Um 21,30 Uhr liegen als erstes Gesamtergebnis die Resultate des Wahlkreises Danziger Werder vor. In sämtlichen 102 Bezirken des Landkreises Danziger Werder wurden zusammen 26 344 Stimmen abgegeben. Davon waren gültig 26 126, ungültig 218 Stimmen. Es erhielten:

	7. 4. 35	28. 5. 33
NSDAP	21 016	15 194
Sozialdemokraten	1 635	3 303
Zentrum	2 022	2 783
Kommunisten	711	1 502
Liste Weise	413	682
Liste Pietsch	57	
Polen	271	171

Nach dieser Aufstellung hat die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei also 80,5 v. H. der abgegebenen Stimmen erhalten.

Der Verlauf des Wahlsonntags.

— **Danzig**, 7. April.

Nach einer Woche politischer Hochstimmung, die mit der gestrigen Kundgebung vor Reichsminister Dr. Goebbels ihren Höhepunkt erhalten hatte, brach heute früh bei klarem, kühlem Wetter der Wahlsonntag für Danzig an. Punkt 9 Uhr morgens setzte in den 188 Wahllokalen in der Stadt Danzig sowie in Zoppot und in den drei Landkreisen Höhe, Niederung und Werder die Wahl mit voller Stärke ein. In den meisten Wahllokalen hatten um 14 Uhr bereits 60 bis 70 v. H. der Wähler ihre Stimme abgegeben. In allen Wahllokalen waren Vertreter aller Parteien anwesend. Sie konnten sich davon überzeugen, daß jeder seinen Wahlzettel in vollkommener Abgeschlossenheit antreuzte und das Wahlgeheimnis in jeder Beziehung gewahrt war.

In Danzig selbst, dessen girlandengeschmückte Häuser im Schmuck unzähliger Hakenkreuzfahnen prangen, belebten zahlreiche Umzüge nationalsozialistischer Formationen sowie Sprechchöre und Fanfarenchöre das Straßenbild. Mittags um 12 Uhr fand auf dem Heumarkt eine öffentliche Begrüßungskundgebung für die in Danzig eingetroffenen, etwa 6000 sogenannten Auslandsdanziger statt, die mit ihren roten Abzeichen in Form des Danziger Wappens überall im Straßenbild anzutreffen sind. Die stärkste Gruppe dieser Auslandsdanziger hat Hamburg gestellt, die mit einem eigenen Banner aufmarschierte. Ueber 2000 Danziger sind aus Berlin und Stettin gekommen. Sehr stark sind Ostpreußen und Schlesien, aber auch alle übrigen Teile des Reiches vertreten.

Die Wahlhandlung wurde um 6 Uhr abends geschlossen. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Dr. Rauschning ins Ausland geflüchtet.

DNB **Danzig**, 7. April.

Der frühere Danziger Senatspräsident Dr. Rauschning, der wegen schwerer Vertrauensbrüche aus der NSDAP ausgeschlossen wurde, hat nach einer Meldung des „Danziger Vorposten" in der vergangenen Nacht Danzig verlassen und sich ins Ausland begeben. Die auf diese Meldung hin angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß Dr. Rauschning in seiner Danziger Wohnung tatsächlich nicht mehr aufzufinden ist. Nach zuverlässigen Nachrichten soll Dr. Rauschning sich bereits im Auslande befinden. Dr. Rauschning hatte noch am Samstag früh, also unmittelbar vor dem Abschluß der Danziger Wahlen, in der Presse der Sozialdemokratie und des Zentrums einen offenen Brief an den Danziger Gauleiter Forster veröffentlicht, der nach Form und Inhalt den Tatbestand des Landesverrats erfüllt und sich in keiner Weise von den übelsten Erzeugnissen der Separatisten und Emigranten unterschied. Es ist bezeichnend, daß er noch vor Beendigung der Danziger Wahlen durch Flucht ins Ausland die Folgerung aus seinem Handeln gezogen hat.

Dr. Schacht in Basel.

DNB **Basel**, 7. April.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist in Begleitung von Geheimem Finanzrat Vocke und Generaldirektor Reusch bereits am Samstagabend in Basel zu den bei der BIZ allmonatlich stattfindenden Verhandlungen der Nationalbankpräsidenten eingetroffen. Am Sonntagvormittag fanden verschiedene private Besprechungen unter den Gouverneuren statt.

Der nachgeholte Stapellauf des Schnelldampfers „Tannenberg".

DNB **Stettin**, 6. April.

Der neue Schnelldampfer „Tannenberg" für den Seedienst Ostpreußen, der am 16. März ds. Jr. von der 12jährigen Enkelin des verewigten Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, Gertrud v. Hindenburg, getauft wurde, ist am Sonnabend früh 8 Uhr auf dem Werftgelände der Stettiner Oder-Werke glatt vom Stapel gelaufen.

Dr. Ley über die Gemeinschaft von Wirtschaftsführern und Gefolgschaft.

Ankündigung eines sozialen Wettbewerbs.

Der Reichsarbeitsminister Gast der Deutschen Arbeitsfront.

× **Dortmund**, 7. April.

Auf Einladung der Deutschen Arbeitsfront, Bezirksleitung Westfalen, fand am Samstag nachmittag in Dortmund im Hotel „Römischer Kaiser" ein Empfang statt, an dem sowohl Betriebsführer als auch Gefolgschaftsmitglieder teilnahmen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen eine Rede des Reichsorganisationsleiters der NSDAP und Leiters der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, und die Ausführungen, mit denen Reichsarbeitsminister Seldte die Darlegungen Dr. Leys vollinhaltlich unterstrich und zu seinen eigenen machte. Das in Leipzig geschlossene Abkommen zwischen der gewerblichen Wirtschaft und der Deutschen Arbeitsfront fand somit hier in Dortmund — wie auch Dr. Ley einleitend mit Nachdruck feststellte — seinen lebendigen und überzeugenden Ausdruck.

Bezirksleiter Johlitz-Essen begrüßte die Erschienenen und hieß sie im Namen der Deutschen Arbeitsfront herzlich willkommen.

Dann nahm

Dr. Ley

das Wort.

Es ist mehr als ein Symbol, so führte er aus, daß diese Tagung von Betriebsführern und Gefolgschaftsmitgliedern heute hier stattfindet. Wir haben diese Einladung bewußt ergehen lassen, gerade jetzt im Anschluß an Leipzig, um im Lande draußen und in der ganzen Welt am praktischen Beispiel die Einheit der Arbeitsfront, die Einheit von Wirtschaft und Betriebsführern und Gefolgschaftsmitglieder eindeutig und klar vor Augen zu führen. Wir sind hier zusammengekommen auch im ausdrücklichen Einvernehmen von Dr. Schacht, eine Selbstverständlichkeit, die nicht unerwähnt bleiben soll. Es soll dargetan werden, daß es aufgehört hat, daß Einzelverbände, wie sie auch heißen mögen, Eigenpolitik machen. Wir wachen eifersüchtig darüber, daß es keinem mehr einfallen kann, alte Gebilde neu aufzutun und in traurigen Marsch zu setzen. Diese Zeit ist endgültig vorbei. Ich möchte hier keineswegs als Ankläger auftreten, sondern ich apelliere an den gesunden Menschenverstand aller Beteiligten, ich apelliere an den Gemeinschaftsgeist. Wenn man mir vor zwei Jahren noch sagen zu können glaubte, dieser Gemeinschaftsgeist und alles, was damit zusammenhängt, sei romantisch, so sind diese Besserwisser von damals von den Tatsachen unserer heutigen Tage hinweggefegt worden.

Und wenn manche meinen: laßt ihn nur reden, wir werden unsere alten Stellungen trotzdem wahren und halten, so rufe ich diesen Leuten zu, seid vorsichtig, ihr irrt euch, denn unser Weg ist der allein richtige.

Wir wollen ein Volk von Zufriedenheit und voll Kraft. Wenn wir heute in die Betriebe schauen: der Geist ist ein ganz anderer.

Kurz vor Beginn dieser Veranstaltung hat mir auch Minister Seldte dies bestätigt, und ich selbst, der vom 2. Mai 1933 an ununterbrochen in Deutschland von Fabrik zu Fabrik gewandert bin, ich sehe und weiß es doch, wie es überall aussieht. Ich habe doch überall sehr genau beobachtet und habe mich durch nichts täuschen lassen. Wer heute durch die Betriebe geht, muß zugeben, die Leute sind fest und fanatisch bei Adolf Hitler!

Wenn heute unser Staat und wir alle vom Erdboden verschwänden — ein Zurück zu den alten Methoden und Verbänden wird es nie mehr geben. Die Menschen suchen und wollen ihre Generalreinigung, sie wollen gut machen, was sie einst gefehlt haben.

Ueberall wo der Name Adolf Hitler und die Stationen seines Wollens Erwähnung finden, überall ist die fanatische Begeisterung. Sie zeigt uns, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Der Führer und wir sind stolz darauf, daß wir Arbeiter und Unternehmer zusammen in einer Gemeinschaft haben. Bilden Sie sich nicht ein, meine Freunde, daß wir Ihnen die Verantwortung abnehmen wollen. Selber schwimmen lernen müssen Sie alle. Wir aber wollen dabeistehen, gut aufpassen, und wenn etwas Falsches geschieht, wollen wir Sie darauf aufmerksam machen, Ihnen die Richtung zeigen und das Ziel setzen und Sie zusammenführen. Wir werden Sie nie mehr loslassen. Wenn Sie eine Frage zu lösen haben, sollen Sie sich zusammensetzen und Sie sollen nicht eher auseinandergehen, bis Sie sich geeinigt haben. Wenn Sie sich aber gar nicht einigen können und einigen wollen, wird man den Staat anrufen und dann wird der Staat entscheiden und daran wird nicht mehr zu rütteln sein.

Wir haben noch etwas vor Augen: den Wettbewerb. Ich habe vom Führer schon die Zusage, daß Musterbetriebe ernannt werden. Jedes Jahr muß diese Ehre neu erkämpft werden. Wir werden einen sozialen Wettbewerb, der natürlich auch ein wirtschaftlicher sein wird, eröffnen und in klarer Linie ausbauen.

Eines machen Sie sich bitte immer klar: Wir können und werden Verbände, die aus der alten Zeit kommen, und wie seltene Museumsstücke herumgereicht werden, nie und nimmer dulden. Solcher Unfug verträgt sich ganz einfach mit dem Gedanken unseres Wettbewerbes und der Achtung, die wir vor dem Persönlichkeitswert haben, nicht. Das Kollektiv-Prinzip, das Moskau-Prinzip, kommt für uns nicht in Frage.

Die Freiheit, die wir meinen, ist die Befreiung der Personen von allen kollektivistischen Bindungen, auch solchen gesellschaftlicher Art! Den edlen Wettstreit aber um die Leistung werden wir immer fördern. Der Berufswettkampf wird einmal für alle Deutschen kommen. Das aber hat zur Vorbedingung, daß alle übernommenen falschen Verbände verschwinden müssen.

Es gab Leute, die organisierten Interessengegensätze, nicht etwa deshalb, um die Interessen einzelner wahrzunehmen, sondern um die Interessentengruppen zu Machtgruppen zu gestalten. Mit diesen Machtgruppen konnten sie ihre Hand jederzeit an die Gurgel des Staates legen. Es ist ein Verbrechen: In einem gesunden Staat darf es nur eine Macht geben: Das ist der Staat! (Lautes Bravo und starkes Händeklatschen.)

Ich weiß, wie manche jammern — auch hier in dieser Gegend — daß sie keine Gelegenheit zur Machtentfaltung mehr haben. Wir wollen bestimmt keinem etwas nehmen. Wir wollen aber jeden an seine Aufgabe weisen. Je mehr und deutlicher man die Aufgabe des einzelnen klar umreißt, um so besser werden diese Aufgaben erfüllt werden. Manchem möchten wir zurufen: Halte Dich nicht dauernd in Berlin auf und antichambriere nicht dort herum, wo du nichts zu suchen hast, sondern halte Dich in Deinem Betriebe auf, der Dich braucht. (Lautes Bravo und starkes Händeklatschen.)

Sehen Sie, meine Herren, ich weiß, daß mancher von Ihnen sagt: Guckt den Ley, was hat der für eine Macht! Wir haben alle nur soviel Macht, als wir Vertrauen des Führers haben. Hier liegt der Mythos unserer Zeit, hier liegt das, was kein Ausländer begreifen kann. Als neulich die Wehrhoheit Deutschlands erklärt wurde, fragte man mich in Portugal, was ich davon halte. Und wie wir darüber dächten. Ich antwortete den Fragern: Der Führer hat immer Recht, auch die Welt wird sich an diese Tatsache gewöhnen müssen. Das ist diese Einheit im Denken und Wollen, die uns vorwärts trägt und die uns unsere Kraft gibt. Einige können dies anscheinend immer noch nicht begreifen. Sie recken die Brust und sagen: Wir waren doch schon im alten Kaiserreich eine Macht, warum sollen wir denn heute keine Macht mehr sein? Ja, seht, deshalb ist ja auch alles zerbrochen, deshalb weil ihr Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände eben eine Macht wart! Und ich rufe Ihnen in diesem Augenblick abschließend zu: „Wenn irgendwo noch ein Prozent dieser seltsamen Machthungrigen ist, dann wird auch dieses eine Prozent zerbrochen werden, damit die Macht Adolf Hitlers vollkommen ist."

Als Dr. Ley seine Ausführungen mit einem Sieg heil auf Adolf Hitler beendet hatte, dankten ihm seine Hörer in einmütiger Geschlossenheit mit begeisterten Zurufen und herzlichem Beifall.

Nach einer kurzen Pause nahm

Reichsarbeitsminister Seldte

das Wort.

Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß er bei der Besichtigung einiger Großbetriebe Gelegenheit hatte, Glauben und Zuversicht aus den Augen der deutschen Arbeitskameraden leuchten zu sehen. Die neue deutsche Sozialverfassung, an deren Entstehen gerade Dr. Ley hervorragenden Anteil habe, wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die Erziehung aller schaffenden Menschen zu gemeinsamer und ehrenhafter Grundhaltung durch die Deutsche Arbeitsfront dieser neuen deutschen Sozialverfassung den Weg geebnet hätte. Es sei unmöglich, nach Auflösung der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften nun sofort durch gesetzgeberischen Akt eine neue soziale Ordnung zu errichten und die durch jahrelangen Klassenkampf einander entfremdeten Menschen in eine am grünen Tisch erdachte Organisation hineinzupressen.

Die deutsche Sozialverfassung habe organisch Wenn es nun nach so überraschend kurzer Zeit gemeinsamen Bekenntnis zur deutschen Arbeitsmoral. Wenn es nun noch so überraschend kurzer Zeit gelungen sei, die Exponenten der Sozialpolitik und der Wirtschaftspolitik zusammenzuführen, so sei dieses Werk nicht nur Ergebnis der Erkenntnis, daß Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik zusammengehörten, sondern vielmehr das Ergebnis der heiligen inneren Ueberzeugung aller schaffenden Menschen, daß von nun an das Vertrauen hergestellt sei, das die Grundlage aller gemeinsamen Tätigkeit sein müsse.

Mit besonderem Dank müsse er es anerkennen, daß hier heute schon, wenige Tage nach der erhebenden Feierstunde in Leipzig, die dort geschlossene Vereinbarung praktische und greifbare Gestalt angenommen habe. Er sei glücklich darüber, hier als Reichsminister und Mitglied der nationalsozialistischen Reichsregierung in einem Kreise begrüßt zu werden, der sich aus Vertretern aller schaffenden Menschen, der Wirtschaftsführer und Gefolgschaften zusammensetze. Noch seien große Aufgaben zu bewältigen, der Erfolg der bisherigen Arbeitsschlacht dürfe nicht einschläfern, es bedürfe noch großer Anstrengungen, um das Ziel, die vom Führer gewollte Ueberwindung der Arbeitslosigkeit und die Wiedererstarkung der Wirtschaft, zu erreichen. Gerade hier aber seien die Voraussetzungen für einen Erfolg der künftigen Arbeit gegeben.

Hier im Wirtschaftszentrum des Vaterlandes sei das gegenseitige Vertrauen und die Gemeinschaft fest begründet, ohne die allen Anstrengungen ein Erfolg versagt bleiben müsse. Dieser gemeinsame Einsatz der Kräfte sei erst durch die Arbeitsfront verwirklicht. Die staatlichen Stellen würden ihre ganze Kraft einsetzen, die großen sozialen Probleme gemeinsam mit der Organisation aller Schaffenden zu lösen.

Er glaube, daß der Erlaß des Führers vom 21. März d. J. überall lebendigen Widerhall finden werde und dem Kampfe und Willen der Amtsleiter werde es gelingen, auch in den noch abseits stehenden Betrieben die Gemeinschaft, die der Führer wolle, und die zur Verwirklichung des Aufbauprogramms nötig sei, herzustellen. Der Gedanke der Kameradschaft und Gemeinschaft müsse bis in den kleinsten Betrieb hineingetragen werden. Es komme darauf an, daß alle sich mit gemeinsamer Kraft immer fester zusammenschlössen, um dem deutschen Volke ein Vaterland der Einigkeit, des Vertrauens und des Glaubens an die Zukunft zu geben. Eine sie doch alle das gemeinsame Blut und das Bekenntnis der Treue zum Führer, der täglich die Treue und Pflichterfüllung vorlebe.